

Wahl: Grossratswahlen Kanton Bern

Name: Martin Mäder

Erstellt am: 10.02.2014

Frage	Antwort	Kommentar
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Ja	International haben sich die meisten europäischen Staaten zu Erhöhungen des Rentenalters entschlossen. Die EU rät ihren Mitgliedsstaaten eine längere Lebensarbeitszeit zu fördern und das Rentenalter der gesteigerten Lebenserwartung anzugleichen. Effektiv sind heute alte Menschen viel länger leistungs- und arbeitsfähig. Die heute geltenden Rentenalter dürften sich somit nicht mehr lange halten. Und weshalb macht denn nicht auch noch gleich eine Harmonisierung der Rentenalter von Frau und Mann?
Der Grosse Rat hat eine Kürzung der Sozialhilfe (Grundbedarf) um 10 Prozent gegenüber den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) beschlossen. Begrüssen Sie diesen Entscheid?	Nein	Es ist unbestritten, dass auch der Kanton Bern zu sparen hat und nicht über seine Verhältnisse leben darf. Und die Institution Skos kann bzw. soll gewiss auch hinterfragt werden. Doch diese Kürzung der Sozialhilfe ist im doppelten Sinne falsch. Zum einen trifft es die sonst schon Schwächsten, zum anderen droht ein saftiger Bumerangeffekt mit finanziell weit gravierenderen Konsequenzen als die mit dieser Massnahme eingesparten Gelder.
Würden Sie die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefen Einkommen im Kanton Bern befürworten?	Ja	Die EL sind für viele der Bezüger (AHV- & IV-Rentner) unverzichtbar. Dass man nebst diesen Bezüger die Gruppe der Bedürftigen um einkommensschwache Familien (Working-Poor) erweitert, ist zu begrüßen. Weil sie aber bereits heute von z.T. grosszügigen Verbilligungen (z.B. Krankenkassenprämie) profitieren, muss diese EL zum einen an klare Einkommens- bzw. Bezugslimiten geknüpft werden, zum anderen braucht es ein wirksames Anreizsystem, seine Situation selbst zu verbessern.
Der Kanton unterstützt seit 2011 mit finanziellen Anreizen den gemeinnützigen Wohnungsbau. Begrüssen Sie dies?	Eher ja	Der gemeinnützige Wohnungsbau ist zu unterstützen. Nur ist bei der entsprechenden Siedlungsplanung auf eine ausgewogene Durchmischung zu achten. Es darf nicht sein, dass durch eine Politik der Abschottung eigentliche Ghettos errichtet werden. Zudem blockieren zu enge Grenzen und zu starre Vorgaben an Investoren und Bauherren den Wettbewerb und somit die eigentlich dringend benötigte Wohnbautätigkeit. Die Devise lautet: Gemeinnütziger Wohnungsbau ja, aber nicht um jeden Preis.
Eine Volksinitiative will für die Grundversicherung eine öffentliche Einheitskrankenkasse einführen. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Ja	Dieses System wäre solidarischer und es beendet die Jagd nach so genannten guten Risiken. Wie sich dieser Eingriff in den Wettbewerb auf die Prämien auswirken würde, müsste sich aber noch zeitigen.

Eine Initiative verlangt, dass die Regionalspitäler im Kanton Bern eine gesetzliche Bestandesgarantie erhalten und eine umfassende Spital-Grundversorgung anbieten müssen. Befürworten Sie dies?	Eher nein	Dass möglichst alle Regionen eine gute Versorgung bieten sollen ist klar, doch sie muss auch wirtschaftlich tragbar sein. Die Zentren ihrerseits decken die hoch spezialisierte Spitzenmedizin ab. Dennoch scheint die Initiative, wonach die bestehenden Spitalstandorte im Gesetz festgeschrieben und mindestens acht Jahre erhalten bleiben, zu restriktiv zu sein. Nur um der Grundversorgung willen an defizitären Standorten festzuhalten, ist mit Blick auf die Kostenexplosion im Gesundheitswesen falsch.
Würden Sie es begrüßen, wenn der Kanton Bern flächendeckend Tagesschulen einführen würde?	Eher ja	Tagesschulen sind mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie absolut wichtig und auch sehr gefragt. Es braucht sie aus wirtschafts-, familien- und bildungspolitischen Gründen. Möglichst viele sollen davon profitieren können. Eine flächendeckende Einführung ist deshalb grundsätzlich nicht schlecht, doch der Grundsatz von Angebot und Nachfrage ist konsequent zu beachten. Denn sonst hätte diese an und für sich gute Idee rasch den schalen Beigeschmack des Giesskannenprinzips.
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Eher ja	Integration ist gewiss zu begrüßen, doch es gilt auch zu beachten, dass die anderen Schüler nicht in ihrem Lernprozess bzw. ihren Fortschritten gehindert werden. Die Anforderungen an die Lehrkräfte sind hier immens hoch, dafür qualifiziertes Personal ist nicht beliebig verfügbar.
Soll die Basisstufe, welche einen gemeinsamen Unterricht von Kindergarten und den ersten beiden Primarschuljahren vorsieht, an allen Berner Schulen eingeführt werden?	Eher nein	Die Basisstufe ist gewiss eine gute Sache. Weil Kinder nach ihren individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten und nicht wie sonst üblich nach dem Alter unterrichtet werden, kann dies ihre Entwicklung positiv beeinflussen. Sie können voneinander abschauen und lernen. Doch dieses Modell stellt auch sehr hohe pädagogische Anforderungen und es darf kein Kind in seiner eigenen Entwicklung gebremst werden. Zudem ist ebenfalls hier ein flächendeckendes Angebot eine Frage des Aufwands und der Kosten.
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)?	Nein	Es geht nicht an, dass aus religiösen Gründen einzelne Kinder "besser" behandelt werden, als ihre Schulkameraden. Generelle Dispensationen sind abzulehnen, individuelle Lösungen sollten aber möglich sein. Wie auch immer, letztlich sind wohl immer die Kinder die Bestraften, denn vielleicht hätte ja ein dispensiertes Kind gerne am Turnunterricht teilgenommen.
Soll der Anteil fremdsprachiger Kinder in den Schulklassen begrenzt werden?	Nein	Eine solche Begrenzung würde überhaupt nichts bringen und wäre wohl sogar kontraproduktiv. Ich frage mich, aus welchen Gründen dies gefordert wird. Aus Angst vor Überfremdung oder aus Sorge um die Unterrichtsqualität? Erstere lässt sich so gewiss nicht verhindern, die Zuwanderung ist anderswo zu regeln. Und die Qualität des Unterrichts ist nicht zuletzt abhängig vom Lehrplan. Klar ist, dass sich Fremdsprachige möglichst zu integrieren haben und die lokale Sprache erlernen sollen.

Im Rahmen des Sparpaketes sollen im Kanton Bern die Klassengrössen erhöht und Schulklassen geschlossen werden. Befürworten Sie dies?	Ja	Solange die Erhöhung der Schülerzahlen sowie die Schliessungen der Klassen den Berechnungen der Erziehungsdirektion entsprechen, und sich somit im möglichen Rahmen bewegen, geht das in Ordnung. Auch wenn so eventuell kleine Schulen auf dem Land aufgegeben werden müssen. Denn letztlich ist dieser Vorgang eine Massnahme mit positiven Auswirkungen auf die maroden Kantonsfinanzen. Schliesslich waren in der jüngsten Vergangenheit die Klassengrössen im Schnitt noch unter der maximalen Grösse.
Würden Sie es befürworten, wenn Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das kommunale Stimm- und Wahlrecht erhalten würden?	Nein	Automatisch bestimmt nein. Zum einen besteht sehr oft daran überhaupt kein Interesse, zum anderen sagt die Aufenthaltsdauer gerade über den Grad der Integration überhaupt nichts aus. Was ist anders, wenn man zehn Jahre hier lebt, als wenn dies seit acht oder seit zwölf Jahren der Fall ist?
Befürworten Sie das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU?	Ja	Diese Frage hängt wohl mit der jüngsten SVP-Überfremdungsinitiative zusammen. Trotz aller "Furcht vor Überfremdung" und wie auch immer hohen Zuwanderungszahlen steht das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU nicht zur Debatte und ist unverhandelbar. Zumindest nicht isoliert, denn das Dossier Personenfreizügigkeit wurde bei den bilateralen Verträgen untrennbar mit den übrigen Dossiers verknüpft. Ein Nein hier bedeutet ein Nein überall. Und das kann sich die Schweizer Wirtschaft nicht leisten.
Die Anforderungen bei Einbürgerungen wurden in den letzten Jahren auf Bundes- und Kantonebene erhöht. Begrüssen Sie diese Entwicklung?	Ja	Man muss mit eigenem Engagement, im Vordergrund steht insbesondere das Erlernen der lokalen Sprache, beweisen, dass man bereit ist, sich in die bestehende Gesellschaft einzuordnen. Nur so ist auch sichergestellt, dass sich jemand hier effektiv wohlfühlt. Für mich braucht es hier klare Spielregeln und die Hürden können nicht hoch genug sein.
Soll sich der Kanton Bern stärker – auch finanziell – für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer einsetzen?	Eher nein	Unbestritten profitiert eine Gesellschaft von Erneuerung und Inputs von aussen. Sonst droht mindestens Stillstand oder gar Rückschritt. Somit ist die Integration unbestritten eine gute Sache. Doch ich spreche von der Integration von effektiv an einer Einbürgerung interessierten Mitmenschen. Wenn jemand zwar von der Schweiz und ihrer Wohlfahrt profitieren möchte, sich aber nicht zu einer Einbürgerung durchzuringen vermag, ist das nicht gut. Deshalb gewiss hier nicht noch mehr ausgeben.
Sollen der Konsum von weichen Drogen sowie deren Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Ja	Die Repression hat hier noch überhaupt nichts gebracht. Und die Mär von Einstiegsdrogen wird durch ihr Wiederholen auch nicht wahrer. Oder lässt es sich etwa statistisch erhärten, dass aus einem Volk von Kiffern automatisch auch ein Volk von Heroin-Junkies wird? Die Bestrafung ist eine moralische Scheinlösung und schafft nur mehr Probleme, als sie beseitigt.

Würden Sie es befürworten, wenn in der Berner Kantonsverwaltung bei Kaderstellen eine Geschlechterquote von mindestens 35% eingeführt würde?	Nein	Sorry, liebe Frauen und vor allem sorry Vania Kohli. Denn die Parteikollegin und Grossrätin hatte bekanntermassen kürzlich einen solchen Vorstoss im Kantonsparlament eingereicht. Doch ich bin alles andere als ein Fan von Quoten. Ja, ich finde es schlecht, wenn Frauen benachteiligt werden. Es braucht gleich lange Spiesse für alle. Doch der vorliegende Vorstoss verlangt sogar noch eine höhere Quote als man derzeit in der Bundesverwaltung kennt.
Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Ja	Weshalb nicht? Zwar hat ein Arzt einmal einen hippokratischen Eid geleistet, doch es gibt durchaus Leben, das nicht mehr lebenswert ist. Zumindest dann, wenn es der/die Betroffene so sieht. Denn alle, die hier aufschreien, müssen das Leben des/der Betroffenen ja nicht führen. Und nur ein Arzt kann letztlich einen möglichst würdevollen und pannenfreien Hinschied in die Wege leiten beziehungsweise überwachen.
Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Nein	Ein sehr, sehr heikles Thema. Es geht hier nicht um das Wohl von Erwachsenen, die sich einen aufgrund der biologischen Verhältnisse unmöglichen Kinderwunsch doch erfüllen können und wollen, sondern immer ausschliesslich um das Wohl des Kindes. Könnte ein Kind zum Zeitpunkt der Adoption urteilen, und wüsste es, was es später in Schule, Sportverein etc. vielleicht an Spott ertragen muss, würde es sich wohl gegen zwei Väter/Mütter aussprechen.
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie das richtig?	Ja	Weshalb überhaupt bestrafen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Frau einfach so zum Spass Kinder auf die Welt stellt. Und ein Abbruch ist für eine Frau gewiss ein enorm belastender Prozess, den keine einzige Betroffene auf die leichte Schulter nimmt. Dies würde sich auch bei völliger Straffreiheit nicht ändern.
Befürworten Sie die vollständige Trennung von Kirche und Staat?	Ja	Einfache Frage und eine einfache Antwort: Was haben Kirche und Staat miteinander zu tun? Nichts. Sorry, das Thema verdient zwar gewiss eine differenziertere Betrachtungsweise, doch ich bin hier wohl zugegeben etwas extrem und wenig offen.
Befürworten Sie eine Lockerung der im Kanton Bern geltenden Schuldenbremse?	Eher nein	Die in der Kantonsverfassung verankerte Schuldenbremse ist wichtig. Leider konnte man sie auf städtischer Ebene nicht einführen. Zwar hat die Bremse die aktuelle finanzielle Schieflage des Kantons nicht vermieden, doch sie ist auf dem Weg der Sanierung wichtig. Sie soll über die Sanierung der Ausgaben und nicht über eine Erhöhung der Steuertarife erreicht werden. Dazu wurde extra eine Steuererhöhungsbremse installiert. Ein Defizit wird dem übernächsten Voranschlag als Verlustvortrag belastet.
Braucht es befristete Steuererhöhungen als Beitrag zur Sanierung des Berner Staatshaushalts?	Eher ja	Ultima Ratio als Mittel zur kurzfristigen Sanierung eher ja, doch vor Steuererhöhungen ist der Hebel immer zuerst auf Seite der Ausgaben anzusetzen. Denn Steuererhöhungen sind immer auch wachstumshemmend, was unbedingt zu vermeiden ist. Ansonsten entsteht ein unheilvoller Teufelskreis.

Würden Sie es befürworten, wenn der kantonale Finanzausgleich die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Berner Gemeinden weniger stark ausgleichen würde als heute?	Eher ja	Bekanntlich gibt es im Kanton Bern im Rahmen des Finanzausgleichs ungleich mehr beziehende als bezahlende Gemeinden. Da ich ein Anhänger von Gemeindefusionen oder zumindest Formen der Zusammenarbeit bin, würde ich es begrüßen, wenn diese wirtschaftlichen Unterschiede weniger ausgeprägt künstlich ausgeglichen würden. Lieber Gemeinden, die zusammengehen und zu gemeinsamer Stärke finden, als dass strukturelle Probleme bzw. Ungleichheiten künstlich kompensiert werden.
Befürworten Sie eine Senkung der kantonalen Unternehmenssteuern?	Eher nein	Zwar geht es bei den Unternehmenssteuern immer auch um Themen wie Attraktivität und Standortförderung, doch letztlich ist der Finanzhaushalt als Ganzes nicht aus den Augen zu verlieren. Somit sollte man um attraktiver für Unternehmen zu werden nicht einfach nur Steuern senken, sondern vielmehr sämtliche Rahmenbedingungen wie etwa Erschliessungen samt Verkehrswegen oder ein attraktives Wohnumfeld für die Angestellten samt Schulen etc. verbessern.
Sollte sich die kantonale Wirtschaftsförderung auf die Achse Thun-Bern-Biel konzentrieren?	Nein	Eine solch fokussierte und einseitige Förderung lehne ich ab. Denn dann spricht man nicht nur von Förderung, sondern gleichzeitig von Schwächung der anderen Gebiete. Das würde dann seinerseits den ganzen Kanton schwächen, denn eine Kette ist bekanntlich nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Gewiss muss diese Achse für zur Ansiedelung bereite Unternehmen sehr attraktiv sein, doch es gibt viele Beispiele, namentlich in der Romandie, wo es gelang, Firmen ausserhalb grosser Zentren anzusiedeln.
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	Ja	Liberalere Öffnungszeiten verkörpern für mich den Wettbewerb. Und das wiederum stärkt die Wirtschaft. Unbestritten darf eine Liberalisierung nicht auf dem Buckel des Personals geschehen, doch man vergisst immer wieder, dass es auch Arbeitnehmer gibt, welche daran interessiert sind, keinen 8-to-5-Job zu haben. Wer einmal in einem 24-Stunden-Schichtbetrieb gearbeitet, oder sich parallel zu einem 100%-Job weitergebildet hat, wird dies verstehen. Und wir haben immer mehr auch eine 24h-Gesellschaft.
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 4'000 CHF für eine 100%-Stelle / 40h-Woche (Mindestlohn-Initiative)?	Eher nein	Ein hehres Ziel, doch die Realisierung ist mit vielen Nachteilen behaftet. Ein Mindestlohn von 4000 Franken klingt zwar schön, doch weshalb nicht gleich 5000.- oder 6000.-? Im Ernst, ein solcher festgeschriebener Mindestlohn verzerrt nicht nur den Wettbewerb, sondern gefährdet viele kleine und kleinste Unternehmen. Daraus resultierende Arbeitslosigkeiten sind genauso schlecht wie Arbeitnehmende, die zu Dumpinglöhnen ausgebeutet werden.

Sollen die Behörden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge massgebend berücksichtigen müssen, ob eine Firma Lehrlinge ausbildet?	Eher nein	Und wieder so eine Frage, bei welcher der Wettbewerb im Fokus steht. Hier geht es nicht um schlecht Verdienende vs. Wettbewerb, sondern um Lehrlinge. Auch Lehrlinge sind absolut zu schützen und zu fördern. Doch die Einschränkung in der Fragestellung würde auch wieder namentlich kleine Firmen, die sich die Ausbildung von Lernenden nicht leisten können, benachteiligen. Deshalb - auch wenn es gute Gründe dafür gibt - lautet die Antwort eher nein.
Soll der Kanton Bern seine Aktienmehrheit an der Berner Kantonalbank (BEKB) abgeben?	Eher nein	Soll der Kanton Bern seine Aktienmehrheit an der Berner Kantonalbank (BEKB) abgeben? Eher nein. Bei einer Mehrheit geht es immer auch um Kontrolle. Ich bin der Meinung, dass der Kanton die Kontrolle über "seine" Bank behalten sollte. Und bereits heute ist der Aktienbesitz breit gestreut. Doch für eine verlässliche Beurteilung fehlt mir das finanzielle Fachwissen und die Detailkenntnisse über den Zustand der BEKB.
Die kantonale "Kulturland-Initiative" will die Ausdehnung von Siedlungsflächen verlangsamen und die landwirtschaftlichen Nutzflächen besser schützen. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Eher nein	Diese, letztlich auch von meiner Partei getragene, Initiative richtet sich gegen die Zersiedelung der Landschaft. Sie fordert die Erhaltung von genügend landwirtschaftlich nutzbarem Kulturland im Kanton Bern. Das ist bestimmt zu begrüssen und ich bin grundsätzlich für die Initiative und ihr Ziel. Doch obschon Boden ein wichtiges Gut ist, benötigt gerade die Wirtschaft eingezontes Bauland. Das hat wiederum mit Wettbewerb zu tun. Und das hängt seinerseits mit Standortnachteilen zusammen.
Sollen im Kanton Bern Bauzonen geschaffen werden, in denen Liegenschaftsbesitzer zwingend erneuerbare Energien nutzen müssen (Solarenergie, Erdwärme etc.)?	Eher nein	Mit Blick auf den Umweltschutz und die Nachhaltigkeit sind erneuerbare Energien absolut zu fördern. Doch auch hier "leidet" der Wettbewerb. Solche Zonen mit dem Zwang zu erneuerbaren Energien lehne ich ab. Dies vor allem wegen der restriktiven Art dieses Ansinnens. Und wo sollen denn diese Zonen überhaupt entstehen?
Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Nein	Weshalb? Weil der Mensch diesen Tieren (wieder) zu nahe kommt und sich bedroht fühlt? Das kann es wohl nicht sein.
Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Ja	Hier ein Ja mit drei Ausrufezeichen. Was will die Linke eigentlich? Den Fünfer und das Weggli hat es noch nie gegeben und wird es auch nie geben. Orts- und Landschaftsschutz ist zwar bestimmt gut und recht, doch man kann nicht nach alternativen Energien schreien und sich gleichzeitig gegen die Installation von Sonnenkollektoren oder den Bau von Windmasten stellen. Diese Haltung ist ein Paradebeispiel von paradoxer Inkonsequenz.
Soll sich der Kanton stärker für den Veloverkehr einsetzen (z.B. mehr Velowege, velofreundlichere Kreuzungen und Abzweigungen, mehr Abstellplätze)?	Eher nein	Das Velofahren ist im Namen von Ökologie und Volksgesundheit unbedingt zu fördern. Doch dies sollte auf kommunaler Ebene und nicht vom Kanton aus geschehen.
Befürworten Sie einen Ausbau des Autobahnnetzes im Kanton Bern (z.B. Bau der Autobahnzubringer Emmental/Oberaargau)?	Ja	Ich begrüsse jeden Ausbau des Autobahnnetzes.

Eine Volksinitiative verlangt den schrittweisen Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie bis 2029. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Nein	Die Energiewende ist absolut notwendig. Doch ich unterstütze den Atomausstieg bis 2039. So wie dies für die Stromversorgung der Stadt Bern an der Urne entschieden wurde. Die BDP der Stadt Bern gehörte damals im bürgerlichen Lager zu den Siegern, dies sogar im Widerspruch zur kantonalen BDP mit ihrer Nähe zur BKW. Doch die Endlagerung atomarer Brennstäbe ist nach wie vor ungelöst. Auch sind die Energieunternehmen noch zu schlecht aufgestellt, den Atomstrom bereits 2029 1:1 kompensieren zu können.
Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden?	Ja	Ich persönlich sehe keinen Grund gegen eine Offenlegung. Eine solche schafft Transparenz und eliminiert Missgunst. Zudem wäre dies auch für die Bürgerin/den Bürger ein Vertrauen stiftendes Indiz. Bei anonymen bzw. verschleierte Zuwendungen besteht immer die Gefahr der Bestechlichkeit, was insbesondere in der Politik sehr problematisch ist. Ehrlicherweise ist aber links wie rechts die Zeit der komplett durch ihre Mitglieder finanzierten Parteien vorbei.
Würden Sie es befürworten, wenn der Kanton Bern mittels Anreizen und Zwangsfusionen die Zahl der Gemeinden von heute 362 auf 50 bis 100 senken würde?	Nein	Die Zahl der Gemeinden wird auch ohne solchen Druck abnehmen, denn Fusionen und Kooperationen sind unvermeidlich. Und weshalb gerade 50 oder 100? Weshalb nicht 150 oder 200?
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) sowie Littering konsequenter verfolgt und härter bestraft werden?	Ja	Keine Erklärungen, keine Begründungen, kein blabla. Absolut ja. Hier verweise ich auf meine politische Website www.fbp.ch
Sollen im Kanton Bern auch Ausländer/innen als Polizist/innen angestellt werden können?	Nein	Zwar hätten diese Polizisten wohl "einen guten Draht" zur ausländischen Wohnbevölkerung, doch auch Schweizer Polizisten machen in diesem Kontext bestimmt keinen schlechten Job. Und noch gibt es genug qualifizierte Schweizer Interessenten. Die Korps und ihre Effizienz werden vielmehr von Sparmassnahmen bedroht.
Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Eher ja	Da ich auch hier für mehr Sicherheit einstehe, eher ja. Es ist ein Fakt, dass es insbesondere zur Verhinderung bzw. Aufdeckung terroristischer Aktivitäten eine solche Überwachung braucht. Natürlich müssen diese Vorgänge immer mit den geltenden Datenschutzbestimmungen im Einklang stehen. Was absolut zu vermeiden ist, sind willkürliche präventive Überwachungen nach dem Giesskannenprinzip ohne jegliche Grundlage beziehungsweise begründeten Verdachtsmomenten.
Braucht es zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit eine stärkere sichtbare Präsenz der Polizei?	Ja	Es geht einfach um ein signifikant gesteigertes Sicherheitsgefühl und um präventiv wirkende Abschreckung. Zudem könnten so nicht nur Straftaten eher vereitelt, sondern auch rascher aufgeklärt werden. Letztlich ist aber auch diese Polizeipräsenz eine Kostenfrage. Wie viel ist uns Sicherheit wert? Und will man nun leibhaftige Polizisten, oder dann doch lieber kostengünstigere Videoüberwachung? Oder beides nicht? Dann aber bitte nicht lauthals um Hilfe rufen.

Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Eher ja	Sicher sollen Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren für Straftaten anders als Erwachsene bestraft werden. Denn sie können sich eher noch ändern, weil ihre Entwicklung nicht fertig ist. Doch wann ist sie das schon? Die Obergrenze von vier Jahren Freiheitsstrafe selbst bei sehr schweren Delikten ist zu tief angesetzt. Strafen haben abzuschrecken. Sollte sich das Jugendstrafrecht als zu lasch erweisen, sind Haftstrafen gegenüber nicht wirksamer Resozialisierung zu bevorzugen.
Soll der Kanton Bern den Alkoholkonsum auf öffentlichem Grund zwischen 0.30 Uhr und 7 Uhr verbieten?	Eher ja	Wenn es die Sicherheit steigert und die Prävention erhöht, bin ich eher dafür. Ich selbst habe auf städtischer Ebene die Prüfung eines Alkoholkonsumationsverbots in den Fahrzeugen von Bernmobil angeregt. Dies aber nicht zuletzt mit Blick auf die Sauberkeit und allgemeine Sicherheit in den Bussen und Trams in Bern. Zudem hatte eine Umfrage ergeben, dass insbesondere ältere Fahrgäste ein solches Verbot begrüßen würden. Alkohol (mit Mass) gewiss ja, doch weshalb unbedingt im öffentlichen Raum?
Befürworten Sie die Verschärfung des Hooligan-Konkordats, die unter anderem vorsieht, dass Fussball- und Eishockeyspiele der höchsten Liga neu bewilligungspflichtig werden?	Ja	Die Verschärfung des Konkordats mit Massnahmen wie Bewilligungspflicht, strengeren Einlasskontrollen oder durchsetzbaren Rayonverboten ist zu begrüßen. Zwar werden davon auch Unbescholtene tangiert werden, doch dies ist nicht die Schuld des Gesetzgebers, sondern jene der Unbelehrbaren, welche diese Massnahmen nötig machten. Sorry, aber alle Appelle haben bislang nicht gefruchtet. Und ein Bern nach einem ausgearteten Fanwalk oder wie nach Cupfinalkrawallen will ich nicht mehr sehen.
Die Schweiz verfolgt seit einigen Jahren eine aktivere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	Ja	Unbedingt. Denn die Neutralität ist ein Relikt aus alter Zeit. Die Schweiz war und ist nie neutral. Wenn man eigene Interessen verfolgt, ist dies überhaupt nicht möglich. Ich würde sogar noch eine aktivere Rolle begrüßen und von mir aus könnte man die heilige Kuh Neutralität sowieso zur Schlachtbank führen. Wenn man heute von der Aufhebung des Bankgeheimnisses spricht, welches der Schweiz lange einen wirtschaftlichen Vorteil brachte, ist heute die Neutralität sowieso obsolet.
Soll die Schweiz Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU führen?	Eher ja	Bilaterale Lösungen mit der EU haben sich bewährt, das wird wohl auch in diesem Bereich nicht anders sein. Die Interessen unserer lokalen Landwirtschaft dürfen aber nicht "verscherbelt" werden.
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein	Innerhalb der nächsten vier Jahre gewiss nicht. Der Weg der Schweiz ist jener über die bilateralen Abkommen mit Brüssel. Obschon, oder gerade deswegen, es inzwischen jeder und jede gemerkt haben sollte, dass auch solche Abkommen wenig mit Rosinenpickerei zu tun haben, und Brüssel eindeutig am Drücker ist, wäre das Diktat mit einem Vollbeitritt noch einschneidender und die Selbstbestimmung entsprechend kleiner.

Würden Sie die Einführung des automatischen Austausches von Bankkundendaten zwischen der Schweiz und ausländischen Steuerbehörden befürworten?	Eher ja	Das Schweizer Bankgeheimnis galt zwar einst als grösster Trumpf des Finanzplatzes Schweiz. Doch ob sich die Schweiz weiterhin dem zweifelhaften Ruf als Eldorado für Steuerflüchtlinge aussetzen sollte, ist wohl eher zu verneinen. Wenn unsere im Ausland operierenden Grossbanken nicht massivste Repressionen erleiden sollen, kommt man um solche Abkommen nicht herum. Das ist eine - bedauernde - Tatsache.
Kantonspersonal (Budget 2014: CHF 3'043 Mio.)	Weniger	Beim Personal geht es immer um Menschen mit ihren Schicksalen. Und man sollte davon ausgehen können, dass jemand für seine Arbeitsleistung einen fairen Lohn zugute hat. Doch im Vergleich zur budgetierten Gesamtlohnsumme, könnte bzw. sollte man vielleicht noch mehr einsparen. Bei der geplanten Einsparung geht es nun insbesondere um eine Begrenzung des Lohnsummenwachstums für das Kantonspersonal. Wenn man bedenkt, dass viele Erwerbstätige überhaupt kein Wachstum haben, ist diese Massnahme so gut.
Bereich Spitex und stationäre Pflege (Budget 2014: CHF 303 Mio.)	Deutlich mehr	Die Massnahme betrifft einen sehr sensiblen Bereich und der Bumerangeffekt ist programmiert. Man kann von einer Umlagerung der Kosten ohne grossen Spareffekt sprechen. Bereits reagiert hat die Spitex: es wurden über 30 Kündigungen im Bereich Hauswirtschaft ausgesprochen. Zwar betrifft dieser Abbau nicht die Spitex-Pflege, doch wird nun vielen Betagten die Unterstützung fehlen, die ihnen das Daheimwohnen ermöglichte. Ferner ist bei der stationären Pflege ein Rückgang der Qualität zu erwarten.
Krankenkassenprämien-Verbilligung / Beiträge an Sozialversicherungen (Budget 2014: CHF 520 Mio.)	Gleich viel	Auch bei dieser Massnahme kann man vom Tanz auf der Rasierklinge sprechen. Wenn jemand auf die Prämienverbilligung dringend angewiesen war, droht der Gang zum Sozialdienst und dann wurde auch hier nur eine Kostenverlagerung erreicht. Es besteht aber ebenso die Problematik von Fehlanreizen und dass Leute von solchen Verbilligungen profitieren, die sie gar nicht benötigen. Ungemach droht der Massnahme unter anderem von den Grünen, sie verletze den gesetzlichen Rahmen, das Referendum steht im Raum.
Bereich Psychiatrie (Budget 2014: CHF 185 Mio.)	Deutlich mehr	Fragwürdig: nach einer Art Schwarz-Peter-Spiel traf es die ambulante Psychiatrie. Es geht um die „Mitfinanzierung des Aufenthalts nicht mehr spitalbedürftiger Personen“, denen die Krankenkassen den Klinikaufenthalt nicht mehr bezahlten. Betroffen sind auch Patienten in einem Aufnahmeverfahren bei einer Sozialversicherung. Weil die Finanzierung unklar ist, nehmen die Heime einen Patienten nicht auf. Kommt hinzu, dass Kürzungen im ambulanten Bereich den teureren stationären Bereich belasten.

Berufsbildung / Weiterbildung (Budget 2014: CHF 393 Mio.)	Gleich viel	Auch hier tuts weh, denn Sparen in der Berufsbildung gefährdet nichts weniger als die Zukunft. Dort gibt der Kanton heute ca. 390 Mio. Fr./Jahr aus, ab 2017 sollen es 31 Mio. weniger sein. Ohne Standortschliessungen geht dies kaum. Zur Debatte stand bereits etwa die Schliessung des Berufsbildungszentrums Pflege in Thun, was aber (vorerst?) abgelehnt wurde. Die Grundsatzdebatte ist lanciert: welche Mobilität kann von Studierenden erwartet werden? Die Massnahmen erscheinen insgesamt vertretbar.
Strassenbau und -unterhalt (Budget 2014: CHF 184 Mio. (ohne Erlöse))	Weniger	Achtung: Ich bin sicher kein Gegner des Strassenverkehrs. Sonst hätte ich mich als Autojournalist und TCS-Mitarbeiter stark verstellt. Doch eben Strassenbau und -unterhalt sind Bereiche, wo Sparmassnahmen nicht sogleich menschliche Schicksale besiegeln. Bei der Gesundheit oder finanziellen Entlastungen sieht das anders aus. Klar, nicht zuletzt die Wirtschaft braucht ein leistungsfähiges Strassennetz. Und sicher soll die Strasse auch sein. Doch ihre Qualität ist zum Glück schon auf hohem Niveau.
Öffentlicher Verkehr (Budget 2014: CHF 375 Mio. (Staatsbeiträge ohne Erlöse))	Weniger	Offensichtlich konnte man sich hier zu keinen Kürzungen durchringen. Angesichts einschneidenden Massnahmen in anderen Bereichen irgendwie unverständlich. Denn was für die Strasse gilt, hat auch für den ÖV Gültigkeit. Hier ist das Niveau bereits hoch, natürlich gibt es gerade im Kanton Bern heute noch weniger optimal erschlossenes Gebiet. Und deshalb ist entsprechendes Abbaupotenzial vorhanden. Da man dieses nun nicht nutzte, wird man bei weiteren Sparrunden vielleicht noch darum froh sein.
Polizei (Budget 2014: CHF 334 Mio. (ohne Erlöse/Bussen))	Gleich viel	Ein noch verträglicher Schritt. Weniger Polizei geht aber dann kaum, denn das Korps ist schon heute am Anschlag oder darüber. Die beschlossenen Sparmassnahmen betreffen mit der Polizeitaucherei und dem Verkehrsunterricht keine zentralen Sicherheitsaufgaben. Doch temporäre Schliessungen von einzelnen Wachen aus Kompensationsgründen oder Bedarfsanforderungen im Zusammenhang mit Grossanlässen haben gezeigt, wie dünn das Eis hier ist. Die mobile Polizei wird künftig noch mehr forciert werden.
Kulturförderung / Kulturpflege (Budget 2014: CHF 51 Mio. (nur Staatsbeiträge))	Deutlich weniger	Weshalb die Kultur zum Schluss? Weil man hier am ehesten sparen könnte, dass es „nicht weh tut“? Die Antwort liegt auf der Hand, doch Einsparungen wurden keine gemacht. Eventuell wegen bestehender Leistungsverträge. Immerhin hat Regierungsrätin und Parteikollegin Beatrice Simon als Finanzdirektorin im Kantonsparlament durchblicken lassen, dass man die Kultur – so wie etwa auch die Landwirtschaft oder andere „verschonte“ Bereiche – künftig näher betrachten könnte. Ich sage nur: Rotstift spitzen!